



## Kommentar

Peter Bußjäger

# Bodenverbrauch

Österreich ist einer Studie des Umweltbundesamtes zufolge das Land mit dem höchsten Bodenverbrauch Europas. Dafür gibt es viele Gründe, darunter der allgemeine Wohlstand des Landes und eine insgesamt dynamische wirtschaftliche Entwicklung. Trotzdem ist diese Tatsache eine auch im Vergleich mit Bayern oder der Schweiz

„Ob damit den **sehr unterschiedlichen Verhältnissen in den einzelnen Ländern**, was Bevölkerungsdynamik und wirtschaftliche Entwicklung betrifft, Rechnung getragen würde, bleibt offen.“

bedenkliche Erscheinung und stellt der Raumplanung der Länder kein besonders gutes Zeugnis aus.

Die angesehene Raumplanungsexpertin Gerlind Weber rät, was Experten in solchen Fällen häufig tun: Sie schlägt ein Bundesgesetz vor, das den Ländern einen einheitlichen Rahmen für die Raumplanung vorgeben soll.

Ob damit den sehr unterschiedlichen Verhältnissen in den einzelnen Ländern, was Bevölkerungsdynamik und wirtschaftliche Entwicklung betrifft, Rechnung getragen würde, bleibt offen. Vor allem würde es die Probleme, leistbares Wohnen in den Ländern zu ermöglichen, nicht lösen. Dazu braucht es übrigens mehr und nicht weniger

Landeskompetenzen, vom Mietrecht bis zur Bodenbeschaffung.

Dass das Land Vorarlberg nun versucht, mit einer Änderung des Raumplanungsgesetzes der Baulandhortung und dem Bodenverbrauch entgegenzuwirken, ist jedoch ein wichtiges Signal. Es wird zum Beispiel noch immer viel zu viel bestes Bauland für Parkplätze geopfert. Nunmehr müssen bei neuen Einkaufszentren zumindest zwei Drittel der Parkplätze in einer Tiefgarage oder einem Parkdeck zur Verfügung stehen.

Die Baulandhortung, die dazu führt, dass immer mehr landwirtschaftliche Flächen im Außenbereich der Siedlungen umgewidmet werden, wird durch relativ drastische Regelungen, was den Kauf von Baugrundstücken und die Umwidmung von Landwirtschaftsflächen in Bauflächen betrifft, bekämpft. Diese Grundstücke müssen innerhalb relativ kurzer Zeit bebaut werden, ansonsten werden sie versteigert beziehungsweise ohne Entschädigung rückgewidmet.

Es wäre dingend zu wünschen, dass die neuen Regelungen auch zum beabsichtigten Erfolg führen und damit bewiesen werden könnte, dass das Land selbst in der Lage ist, Probleme zu lösen und nicht auf den Bund warten muss.



**PETER BUSSJÄGER**  
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.